

BÜROKRATIEABBAU BEIM MINDESTLOHN RICHTIGES SIGNAL

BESCHLUSS MIT-BUNDESVORSTAND 30.06.2015

Der MIT-Bundесvorstand begrüßt die von der Bundesregierung angekündigte Beseitigung der Bürokratie beim Mindestlohn und die Klarstellung bei der Auftraggeberhaftung, fordert aber weitere Änderungen.

Ein Grenzwert von 2.000 Euro pro Monat für die Aufzeichnungspflichten in den Branchen des Entsendegesetzes bedeutet für die betroffenen Unternehmen eine deutliche Erleichterung, ohne den Mindestlohn dadurch einzuschränken. Die MIT begrüßt auch die Herausnahme von mitarbeitenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft aus den Dokumentationspflichten, fordert aber weiterhin, auch in allen anderen Branchen die Bürokratie für mitarbeitende Familienangehörige abzuschaffen.

Die angekündigte Klarstellung der Auftraggeberhaftung ist politisch richtig, muss aber auch rechtssicher fixiert werden. Dafür bedarf es einer Klarstellung im Mindestlohngesetz. Ferner fordert die MIT weiterhin die Herausnahme von Praktikanten vom Mindestlohn und Abschaffung der Dokumentationspflicht bei Mini-Jobs, deren Arbeitszeiten vertraglich fixiert sind.